Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 35. Mittag-Ausgabe. Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 22. Januar 1877.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

5. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 20. Januar).

12 Uhr. Am Ministertisch v. Kameke, Geh. Finanzrath Rhode, Ministerialdirector Weishaupt.

Vom Abg. Windthorst (Meppen) ist eine Interpellation, betreffend die Ueberschwemmungen in der Nogatniederung und Linderung der Noth der dadurch Betroffenen eingegangen.

Die Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1875 wird auf Antrag des Abg. Hammacher der Rechnungscommission überwiesen.

Es folgt die Berathung über die Nachweisung der Resultate der Veranlagung zur Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer für 1876.

Abg. Rickert: Ich habe gestern schon auf die Fehler der Instruction über die Erhebung der Klassensteuer hingewiesen und gesagt, daß dieselbe die Popularität der neuerdings durchgeführten Reform außerordentlich geschädigt habe. Es sind ja auch gestern noch verschiedene andere Klagen laut geworden und ich beantrage deshalb, die Vorlage an die Budgetcommission zur näheren Prüfung zu überweisen.

Abg. Röckerath: In der gestrigen Generaldebatte des Etats sind die verschiedensten Urtheile über die Steuerkraft der Bevölkerung laut geworden; heute sind wir in der Lage, an der Hand authentischen Materials die Berechtigung der gestrigen Urtheile zu prüfen. Ich bin nun nach dieser Prüfung nur in meiner früheren Ansicht bestärkt worden, daß das gegenwärtige, der Erhebung der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer zu Grunde liegende System ein durchaus unrichtiges ist, weil man den alten Grundsatz, daß die Steuerpflicht der Steuerkraft entsprechen müsse, vollständig vernachlässigt hat. Bei uns tritt im Gegentheil geradezu eine Aussaugung der Bevölkerung ein. (Oho! links.) Die Klassensteuer ist jetzt direct Einkommensteuer geworden und wir müssen darauf hinwirken, daß sie das wieder werde, was sie ursprünglich sein sollte.

Von einer Gleichmäßigkeit kann jetzt überhaupt nicht mehr die Rede sein, erstens, weil man die verschiedenen Werthverhältnisse des Geldes in den verschiedenen Landestheilen nicht berücksichtigt, und dann, weil man nicht gerecht mit der Einschätzung vorgeht. Jedem ist es bekannt, daß 400 Mk. in den östlichen Provinzen einen größeren Werth repräsentiren, als 600 Mk. in den westlichen und in Berlin; trotzdem ist in Preußen die Hälfte, in Posen und Schlesien ein Drittel der Bevölkerung überhaupt frei, in den westlichen Provinzen und in Berlin dagegen nur 10—15 Procent. Die Arbeiterbevölkerung wird hierbei von dem Steuerdruck am meisten getroffen, wie dies die Anzahl der Executionen, und besonders derer, welche fruchtlos ausfallen, nachweisen. Im Jahre 1875 sind in der 1. Klasse 239,330 Executionen vollstreckt und davon fruchtlos ausgefallen 124,196, und was das heißt, weiß jeder, denn so lange der Censit überhaupt einen Stuhl im Zimmer hat, ist die Execution nicht fruchtlos. (Oho! links.) In der zweiten Klasse sind vollstreckt 97,516 und fruchtlos ausgefallen 27,909; überhaupt vollstreckt 403,456 und fruchtlos gewesen 161,531. Bei solchen Zahlen kann man sich nicht über die Unzufriedenheit der Bevölkerung und die Vermehrung der Socialdemokraten wundern. Auch wenn man die jetzt wieder eingetretene Vermehrung der Steuern ansieht, so werden die westlichen Provinzen wieder ganz unverhältnißmäßig, und in diesen die Arbeiterklassen am schwersten betroffen. Eine merkwürdige Thatsache ist mir ferner noch aufgefallen, daß die Anzahl der Steuerbefreiten in Posen von 44 auf 35, in Bromberg von 45 auf 36 Procent herabgesunken ist, ein Beweis, wie man die Steuerschraube anzieht. Der Abg. v. Rauchhaupt berief sich gestern auf die Sparkassen, wenn man sich diese aber näher ansieht, so geben sie durchaus kein erfreuliches Bild. Während in den Jahren 1872—1875 eine Steigerung, wenn auch in abnehmender Linie zu bemerken war, sind die Einlagen im Jahre 1876 stehen geblieben. Die Kölner Sparkasse liefert in dieser Beziehung ein sehr gutes Beispiel, da besonders hier die Arbeiter betheiligt sind. Im Jahre 1872—1873 betrug die Vermehrung der Einlagen 850,000 Thaler, 1873—1874 202,000, schon 1874—75 nur 132,000 und 1875—76 sind die Einlogen ungefähr dieselben geblieben. Wenn man dazu noch die überall stattfindenden zahlreichen Arbeiterentlassungen berücksichtigt, so wird man sich hieraus selbst ein Bild machen können.

Dem gegenüber ist aber wiederum das Factum zu constatiren, daß die Steuer in diesem Jahre um 1 Million Mark erhöht ist. Nun sagt der Abg. Rickert, daß ja die Einschätzung durch Gemeindecommissionen vorgenommen würde; dieselben sind aber aus der Wahl nach dem Dreiklassensystem hervorgegangen und hieraus kann ich mir alles erklären. Ich habe sogar in Dülken, wo man illegaler Weise die Wahl der Einschätzungscommission bereits im December, statt im Januar vorgenommen hat, bevor die neue Gemeindevertretung in Function trat, gefunden, daß die liberalen Bürger weniger scharf eingeschätzt werden, wie die übrigen. Es ist interessant zu sehen, wie die einzelnen Provinzen an der Steuererhöhung participiren, nämlich die Rheinprovinz mit 44 Procent; Schlesien ungefähr mit ebensoviel, hierbei aber der Regierungsbezirk Oppeln, wo der Gendarm bei Gelegenheit der Oppositions-Wahlen erklärte, man werde schon bei der Steuereinschätzung daran denken, mit 70 Procent (Hört! Hört! im Centrum); Sachsen mit 35, Pommern und Hannover mit 30, Preußen mit 28, Posen mit 21 und Schleswig-Holstein mit 6 Procent. Diese Zahlen geben viel zu denken. Es ist ja auch sehr erklärlich, daß sich die herrschende Partei nicht das Recht aus den Händen nehmen läßt, die Commissionen mit ihren Anhängern zu besetzen. Hierzu kommt noch, daß das Material von den Organen der Staatsregierung herbeigeschafft wird, von dem Vorsitzenden der Commission, für den das Vermögen einzelner Bürger mit wahrer Virtuosität ausgespürt wird, während man bei anderen blind auf beiden Augen ist. Wenn wir dahin gelangen, daß die Gesammtzahl der Censiten in geheimer und allgemeiner Abstimmung ihre Commission wählt, dann werden wir auch andere Männer bekommen, welche mehr geeignet sind, den Organen der Regierung entgegenzutreten und der weiteren Anziehung der Steuerschraube Halt zu gebieten.

Regierungscommissar Geheimer Ober-Finanzrath Rhode: Es kann der Regierung nur angenehm sein, daß das Haus sich eingehend mit dieser Sache beschäftigt, und sie hat ja diesem Bestreben selbst Rechnung getragen, indem sie Ihnen die vorliegende Uebersicht zugehen ließ. Wünschen muß sie aber, daß eine unparteiische Prüfung der Sache eintritt, und sie wird dann gern bereit sein, jede Auskunft zu geben. Der Vorredner hat dagegen diese Uebersicht zu Angriffen auf die Regierung beuutzt, die ich als durchaus ungerechtfertigt bezeichnen muß. Auf die vorgebrachte Kritik des Systems im Allgemeinen will ich nicht eingehen; es hat ja natürlich wie alles Menschenwerk seine Mängel, aber anerkennen muß man jedenfalls, daß es nach Möglichkeit den Anforderungen entspricht, welche an eine Vertheilung der öffentlichen Lasten gestellt werden können. Daß natürlich keine völlige Gleichmäßigkeit erzielt werden kann, weder für die einzelnen Provinzen, noch für die einzelnen Censiten, ist wohl klar, und so sanguinisch war bisher noch keiner, um solche Forderungen zu stellen. Im Einzelnen hat sich der Redner über die Erhöhung der Steuern um 900,000 Mk. für das Jahr 1876 beklagt, er hat hierbei aber den Zuwachs der Bevölkerung ganz außer Acht gelassen. Wenn man diesen mit in Betracht zieht, so wird man jene Steigerung nur als normal bezeichnen können. Auch das Uebertreten vieler Personen in die Einkommensteuer ist gestern gerügt worden, trotzdem weisen aber die Zahlen in den letzten Jahren in dieser Beziehung relativ eine stete Verminderung nach. 1874 betrug die Zahl der aus der Klassen- in die Einkommensteuer Uebertretenden 16,272 Personen, 1875 10,940, 1876 dagegen nur 6600. Auch die Anzahl der Executionen, über welche sich der Abg. Röckerath vorher so sehr beklagte, hat sich seit 1871 stetig vermindert. In jenem Jahre betrug dieselbe 735,850, 1875 nur 403,456, also eine Verminderung von 332,414 oder 45 Procent. Die Zahl der fruchtlosen Executionen betrug 1871 418,326, 1875 nur 161,531, also eine Verminderung um 256,795 oder 61 Procent.

Nimmt man die 6 östlichen Provinzen allein, so stellt sich das Verhältniß noch günstiger. 1871 betrugen hier die Executionen überhaupt 273,469, 1875 nur 59,863, also eine Verminderung um 213,606 oder 78 pCt. Die Zahl der fruchtlosen Executionen war für jene Provinzen 1871 166,822, 1875 nur 27,600, also eine Verminderung um 139,222 oder 83 pCt. Hieraus geht hervor, daß derjenige Theil der Bevölkerung, welcher der Erleichterung am meisten bedurfte, die Arbeiter in den östlichen Provinzen, sich gewiß nicht beklagen können. Der Procentsatz der Steuerbefreiung ist heruntergegangen; 1854 betrug dieselbe 29 pCt., 1875 26,86 pCt., 1876 nur 25,65. Ich will dabei gern zugeben, daß die Commissionen sich noch nicht überall auf der Höhe befinden, um stets eine richtige Schätzung der Arbeiterverhältnisse in den östlichen Provinzen eintreten zu lassen; daß sie sich aber von ihren Vorsitzenden irgendwie in der Weise beeinflussen ließen, um Erhöhung der Steuern herbeizuführen, ist thatsächlich unrichtig, denn meistentheils leisten die Mitglieder sogar berechtigten Forderungen Widerstand, und es liegt ja auch gar nicht in der Tendenz der Staatsregierung, eine Erhöhung eintreten zu lassen. Ich kann nur sagen, daß die Commissionen im Allgemeinen ihre Pflicht redlich gethan haben und verzichte darauf, auf die Vorwürfe des Abg. Röckerath nach dieser Seite einzugehen. Den Antrag Rickert auf Verweisung und genaue Prüfuug der Vorlage durch die Commission kann die Regierung nur dankbar acceptiren und wird gern bereit sein, jede gewünschte Auskunft zu ertheilen. (Beifall.)

Abg. Nasse: Die Klagen des Vorredners über die Zusammensetzung der Einschätzungscommissionen kann ich in keiner Weise theilen. Wenn diesen Commissionen etwas fehlt, so ist es das Material, welches die Selbsteinschätzung zu gewähren im Stande ist. Die Folge davon ist nicht, daß bei uns zu hoch eingeschätzt wird, sondern, daß im Großen und Ganzen die Einschätzungen zur Einkommensteuer bei uns weit hinter dem wirklichen Betrage zurückbleiben. (Sehr richtig!) In den letzten Jahren ist in unserem Nachbarlande, dem Königreich Sachsen, eine Einkommensteuer auf Grund der Selbsteinschätzung bis auf die unterste Stufe eingeführt worden. Ich habe berechnet, wie viel auf den Kopf der Bevölkerung an Einkommensteuer kommt, wenn man die sämmtlichen sächsischen Einschätzungen und ebenso unsere preußischen Einschätzungen zur Klassensteuer addirt, und wenn die bei uns Steuerbefreiten 25 pCt., die also gar keine Klassensteuer bezahlen, per Kopf zu einem Einkommen von 60 Thaler, was viel zu hoch ist, mit in Betracht gezogen werden. Alsdann kommt in Sachsen auf den Kopf der Bevölkerung etwas unter 400 Mark, in Preußen dagegen nur 243 Mark. (Hört!) Nun mag allerdings Sachsen im Durchschnitt etwas wohlhabender sein als Preußen; aber so colossal kann doch der Unterschied unmöglich sein. Ich habe z. B. Sachsen verglichen mit einem der wohlhabendsten Bezirke Preußens, mit dem Regierungsbezirk Düsseldorf, und auch da kommt nach den gegenwärtigen Einschätzungen auf den Kopf der Bevölkerung ein jährliches Einkommen von nur 283 Mark, in Sachsen dagegen durchschnittlich 400 Mark; das ist doch in der That ein ganz unglaublicher Unterschied. Ich könnte noch weiter gehen und z. B. England anführen, wo nahezu ein achtmal so hohes Einkommen eingeschätzt wird als bei uns. Ich kann nun allerdings in keiner Weise verkennen, daß die jetzige Steuerreform, welche die directe Personalsteuer bis in die untersten Schichten der Bevölkerung hinein bis zu den Tagelöhnern und Dienstboten einführt, mit Unzuträglichkeiten und Härten verbunden ist, die mit der Zeit immer lästiger und drückender werden. Meines Erachtens kann die Entwickelung nur dazu führen, diese unteren Stufen vollständig von der directen Besteuerung frei zu lassen und mit der Abgrenzung des Anfangs der directen Besteuerung etwa bei einem Einkommen von 400 bis 500 Thaler zu beginnen, dann aber allmälig die Progression steigen zu lassen und erst bei 2500 oder 3000 Thaler den höchsten Procentsatz anzuwenden. Die Besteuerung der unteren Klassen aber, die auf keine Weise steuerfrei bleiben dürfen, kann nur geschehen durch eine Erhöhung der indirecten Steuern. Insbesondere bieten sich hier Zucker, Tabak und spirituöse Getränke als wirksame und zweckmäßige Besteuerungsobjecte dar.

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Ich kann die Klagen über das zu feste Anziehen der Steuerschraube, die hier laut geworden sind, als gerechtfertigt nicht anerkennen. Wenn ein Steuerdruck bei diesen Staatssteuern lebhaft empfunden wird, so kommt es meist daher, daß die Censiten in der Regel ihre Communalsteuer zu diesen Steuern hinzurechnen. Die Leute unterscheiden eben nicht zwischen Staats- und Communalsteuern. Dazu kommt dann noch der Umstand, daß das Princip, wonach die Communalsteuern erhoben werden, ein höchst ungerechtes genannt werden muß, so daß der § 10 der Kreisordnung, auf dem dasselbe beruht, einer Abänderung dringend bedarf. Man sagt, von 420 Mark, dem Einkommen der untersten Steuerstufe, könne eine Familie eigentlich gar nicht leben. Das ist aber ganz und gar nicht wahr. Mit 420 Mark kann eine Familie sehr wohl leben und auskommen. (Heiterkeit.) Ein Beweis für diese Behauptung ist für mich z. B. die große Menge verheiratheter Invaliden, die mit Einrechnung ihrer Pension 8 bis 9 Thaler monatlich haben und damit ihre Familien ganz gut und mit einer zum Theil rührenden Sorfalt ernähren. Es haben diese Leute dann noch den großen Vorzug, daß sie bei diesem Leben weniger auf Abwege gerathen können und den Versuchungen nicht so ausgesetzt sind. (Gelächter.) Ein fernerer Beweis für meine Behauptung ist die erfahrungsmäßige Thatsache, daß eine kleine Familie auf dem Lande für 420 M. jährlich sehr wohl in Pension zu bringen ist und ganz gut leben kann. Schließlich kann ich indeß dem Vorredner nur darin vollkommen zustimmen, daß die directen Steuern für die unterste Stufe entschieden aufzuheben und durch Erhöhung der indirecten Steuern zu ersetzen sind.

Abg. Jansen: Ich muß gegen die Darstellung, welche der Abg. Röckerath von der Zusammensetzung und der Thätigkeit der Einschätzungs-Commission zu Dülken gegeben hat, entschieden protestiren. Ich selbst bin Mitglied dieser Einschätzungs-Commission gewesen und dieselbe hat in der unparteiischsten Weise ihr Amt ausgeübt. Der Abg. v. Röckerath scheint seine Informationen aus Kreisen gewonnen zu haben, die auf die Zersetzung aller bürgerlichen und staatlichen Verhältnisse hinarbeitet. Auch in Betreff der Arbeiternoth am Rhein ist der Abg. Röckerath schlecht unterrichtet. Dieselbe ist keineswegs so groß, wie sie hier geschildert wurde. Man könnte viel eher von einer Noth der Fabrikanten reden; aber auch diese wird hoffentlich nur eine vorübergehende sein.

Nachdem sich Abg. Röckerath gegen die Behauptung, daß er unzureichend informirt sei, mit Entschiedenheit verwahrt hat, wird die Debatte geschlossen und die Vorlage der Budget-Commission überwiesen.

Darauf werden der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. December 1869, betreffend die Consolidation preußischer Staatsanleihen und der Nachweis über die Verwendung des im Etat der Eisenbahnverwaltung pro 1875 unter Titel 78 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben ausgesetzten Dispositionsfonds von 900,000 Mk. der Budgetcommission überwiesen; die Gesetzentwürfe betreffend die anzufertigenden und zum Verkauf zu stellenden Stempelsorten, betreffend die Verpflichtuug zum Halten der Gesetzsammlung und des Amtsblattes im Kreise Herzogthum Lauenburg und betreffend die Einstellung der Erhebung der Meßabgabe in Frankfurt a. O. werden in erster und zweiter Berathung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend eine anderweite Einrichtung des Zeughauses zu Berlin.

Abg. von Gerlach (gegen die Vorlage): Ich bin ein Preuße durch und durch, ich bin ein Berliner, ich habe mein Leben im königlichen Dienste, im Civil- und Militärdienste zugebracht; ich habe in der Armee fortwährend hohe Gönner, intime Freunde und Verwandte gehabt; als junger Mann habe ich selbst der Armee angehört und drei Feldzüge mitgemacht, Siege und Niederlagen derselben erlebt. Für Alles, was die Armee ehrt und ihre Thaten zum Ausdruck bringt, fühle ich also gewiß lebhafte Sympathie und habe gegen die Tendenz der Vorlage nichts einzuwenden. Auch der Geldpunkt würde mich von diesem Gefühle nicht abwendig machen. Sparen ist ein gutes Ding, aber nicht auf Kosten der Ehre der Armee, die ja zugleich die Ehre des Königs und des Vaterlandes ist. Wenn ich mich dennoch gegen die Vorlage erkläre, so beruht das darauf, daß ich überzeugt bin, der jetzige Zeitpunkt sei nicht der richtige für ein Rühmen der Armee und damit unserer selbst. Die Stimmung, in welcher wir uns jetzt befinden sollten, ist nicht die nationalen Rühmens, sondern die nationaler Trauer und Buße. (Heiterkeit.) Wir sind mitten in einer Religionsverfolgung (lebhafter Widerspruch und Zustimmung) von einer in Preußen bisher unerhörten Heftigkeit; es geht ein schlimmer Riß durch das ganze Vaterland, wie er seit 2½ Jahrhunderten nicht vorgekommen ist. Dieser Riß geht durch die Schule, Familie, Gemeinde, Provinzen und, wie wir täglich sehen, auch durch dieses Haus. Unzählige Priester nnd Ordensleute männlichen und weiblichen Geschlechts (Heiterkeit), untadelige Männer und Jungfrauen sind aus ihrer nützlichen und heilsamen und uns sehr nothwendigen Thätigkeit herausgerissen. (Rufe: Zeughaus! zur Sache!) Die evangelische Kirche ist schwer geschädigt; die Civilehe, die vom Reichskanzler selbst in früherer Zeit mit kräftigen Worten verurtheilt ist, hat Tausenden von Ehen ihre Weihe entzogen. (Große Unruhe. Ruf: zur Sache!)

Präsident von Bennigsen: Ich habe dem Redner sehr weite Ausführungen gestattet; aber ich glaube doch, er kann bei diesem Gegenstande auf so weitliegende Verhältnisse nur im Allgemeinen hinweisen; eine so detaillirte Ausführung gehört wohl kaum zu diesem Gesetze.

Abg. v. Gerlach: Ich kann in dieser Ansicht dem Herrn Präsidenten nicht widersprechen, muß aber doch bemerken, daß die Frage, was detaillirt ist und was nicht, sehr schwankend ist. (Heiterkeit.) Das Deutsche Reich ist einig geworden, aber wodurch? Durch Abreißen eines Viertheils von Deutschland, durch Absetzung deutscher Fürsten, die unserem Kaiserhause ebenbürtig und blutsverwandt sind. Wenn das nicht eine Veranlassung zu nationaler Trauer sein soll, so weiß ich es nicht. (Bewegung.) Wenn ich vom altpreußischen Standpunkte aus — (Ruf: Es giebt hier keine Altpreußen!) Ich denke doch, es giebt Altpreußen, nämlich die, welche Preußen schon vor der Annexion waren, während diejenigen, welche es erst durch die Annexion geworden, Neupreußen sind. In welche Stimmung würden die Altpreußen versetzt sein, wenn sie anstatt zu annectiren, annectirt worden wären und man brächte ihnen eine solche Vorlage. Ich entsinne mich recht wohl des tiefen Schmerzes, den alle ehrlichen Preußen empfanden, als der König in einen Winkel Preußens zurückgedrängt war und in Berlin eine mit französischem Gelde bezahlte Zeitung erschien, welche sich ein Geschäft daraus machte, die Königin Luise, die uns durch ihr Unglück noch theurer geworden war, zu schmähen. Ich glaube, daß ich im Sinne des größten und besten Theiles der Armee votire, wenn ich gegen das Gesetz stimme. (Widerspruch.) Wir können uns über die Siege unserer Armee im Jahre 1870 nur freuen, aber stehen sie denn nicht im engsten Zusammenhange mit der heutigen Politik der Regierung? (Heiterkeit.) Wir müssen die Gefühle der Annectirten, deren Berechtigung wir Alle anerkennen, schonen, und werden damit der Armee nicht nur nicht entgegentreten, sondern in ihrem Sinne handeln, indem wir uns vor der Erregung widriger Gefühle gegen Preußen bewahren. (Beifall im Centrum.)

Abg. Windthorst (Bielefeld): Daß der vorliegende Gesetzentwurf zu einer Inscenirung des Culturkampfes Veranlassung geben würde, hat wohl außer dem geehrten Herrn, der uns diese Ueberraschung bereitet hat, Niemand geahnt. (Sehr richtig!) Einwendungen sachlicher Natur hat der Vorredner nicht gemacht, und ich glaube mir den Dank des Hauses zu verdienen, wenn ich auf seine anderen Ausführungen nicht eingehe. Die Vorlage hat nunmehr eine Gestaltung bekommen, in welcher principielle Gründe derselben nicht mehr entgegenstehen. (Oho! im Centrum.) Es kann wohl kaum etwas dagegen erinnert werden, wenn die Denkmale einer ruhmvollen und abgeschlossenen Vergangenheit der Nachwelt gesammelt und in übersichtlicher Ordnung Jedermann zugänglich gemacht werden sellen; auch glaube ich kaum, daß gegen die Wahl des Zeughauses etwas Erhebliches eingewendet werden kann. Ich kann aber trotzdem die zweite Berathung im Plenum nicht empfehlen und beantrage die Verweisung an die Budgetcommission ans Gründen finanzieller Natur; denn wir müssen die Pläne und Kostenanschläge genau prüfen und besonders das Rechtsverhältniß Preußens zum Deutschen Reich hinsichtlich des Zeughauses prüfen. Die im Gesetz-Entwurf beantragte Abstandssumme scheint mir nicht zu hoch gegriffen zu sein. Besonders aber wird die Budgetcommission den Schlußpassus der Motive ins Auge fassen müssen, wonach unser Etat mit einer Mehrbelastung von jährlich 180,000 M. für Unterhaltung des Gebäudes und der Sammlung bedacht werden soll.

Abg. Biesenbach: Ich will die Vorlage nur mit einem Grunde bekämpfen, nämlich mit der augenblicklichen wirthschaftlichen Lage des Landes, welche uns die Nothwendigkeit auferlegt, unsere Ausgaben nach Möglichkeit einzuschränken. Als in der vorigen Legislaturperiode die Vorlage an eine Commission verwiesen wurde, geschah dies in der stillschweigenden Voraussetzung, daß sie dort begraben bleiben solle und um dadurch die Regierung zu veranlassen, die Durchführung bis zu einer finanziell besseren Zeit aufzuschieben. Im Lande wurde unsere Ansicht getheilt, und kein tadelndes Wort ist über dieselbe laut geworden. Wenn diese Vorlage jetzt wieder eingebracht ist, so kann das nur sein, weil die Regierung der Meinung ist, daß die finanzielle Lage des Landes sich gebessert habe, und zu unserem Erstaunen haben wir neulich vom Finanzminister eine solche Meinung gehört. Obwohl ich zur Opposition gehöre, so bin ich doch nicht Pessimist und stimme nicht unbedingt in die Lamentationen über unsere finanzielle Lage ein, aber ich glaube, wenn sich die Regierung einem verderblichen Optimismus hingiebt, dann ist es Pflicht der Volksvertreter, die Lage des Landes offen hinzustellen. Von Vielen, insbesondere von dem Abg. Rickert, wird das Vorhandensein einer wirthschaftlichen Calamität geleugnet und noch weit mehr, daß von derselben kein Ende abzusehen sei. Denen möchte ich die Frage zurufen, ob sie nicht die Berichte der Handelskammern, nicht die Erklärungen der Actiengesellschaften, nicht die tagtäglichen Klagen in den Zeitungen gelesen haben. Ich möchte ihnen namentlich den letzten Bericht der Direction der Köln-Mindener Eisenbahn in dieser Hinsicht zur Lectüre empfehlen. Möge mir der Abg. Rickert doch auch nur einen Zweig nennen, dessen Verhältnisse sich gebessert haben; ich behaupte, daß dies bei keiner Branche der Fall ist. Ich wohne in einem der industriellen Bezirke des Staates, in Düsseldorf, und kann aus eigener Erfahrung sagen, daß die Noth im Lande groß ist, daß wir uns den Dank des Landes erwerben werden, wenn wir augenblicklich gegen die Vorlage stimmen. Die Prozesse bei den Handelsgerichten wachsen stets, und das einzige Geschäft, welches jetzt florirt, ist das des Gerichtshäschers. Wenn die Fallimente sich nicht allzusehr häufen, so kommt das daher, weil die Rechtsanwälte stillschweigend über ein Moratorium übereingekommen sind und auch mit der kleinsten Abschlagszahlung fürlieb nehmen. Der Schlag, welcher die Schwindelspeculation getroffen hat, beginnt sich bereits auf die solide Privatindustrie auszudehnen. Der jetzige Moment ist also der allerungünstigste, der zur Einbringung dieser Vorlage gewählt werden konnte. Prüfen Sie in der Commission die von mir vorgebrachten Momente, und Sie werden mit uns zur Ablehnung der Vorlage kommen.

Abg. Wehrenpfennig: Ich bin gewiß, daß der Vorredner kein Zuckerfabrikant ist (Heiterkeit), denn sonst würde er nicht behauptet haben, daß es gar keinen Industriezweig gebe, der nicht augenblicklich darniederliegt. Ich gebe gern zu, daß die Lage der Industrie im Allgemeinen viel zu wünschen übrig läßt, daß aber die Lage der Staatsfinanzen ebenfalls eine schwarze sei, wird der Vorredner nicht behaupten wollen. War denn Preußen wirklich in den paar Jahrzehnten nach den Freiheitskriegen reicher wie heute? waren die Volks- und wirthschaftlichen Zustände besser als heute? Wer von dem preußischen Volke hat denn, als König Friedrich Wilhelm III. seinen Generälen, den Helden der Freiheitskriege, die Standbilder unter den Linden am Opernplatze errichtete, die Standbilder, an deren Anblick unsere Jugend heute noch sich aufrichtet zu den besten Gedanken (Widerspruch im Centrum.) Sie vielleicht nicht, meine Herren, aber dann stehen Sie sehr allein im preußischen Volke (Unruhe im Centrum.) — wer hat denn damals etwa gesagt: die wirthschaftliche Noth des Volkes ist zu groß, wir können keine Standbilder für Gneisenau, Blücher ꝛc. errichten. So dürftig gesinnt, meine Herren, ist das preußische Volk nicht. Mögen Sie doch andere Gründe vorbringen und die Sache an sich bekämpfen; aber wenn es sich um Statuen für unsere Könige, oder um Restaurirung eines der glänzendsten Bauwerke, die wir besitzen, um Wiederherstellung des Bauwerks des alten Schlüter handelt, dann finden Sie im preußischen Volke keinen Boden für das Motiv, daß wir zu arm wären, um so etwas herzustellen. (Oho!) Es ist in neuerer Zeit Mode geworden zu fragen: sind wir denn in den letzten 20 Jahren eigentlich so vorwärts gekommen? Bleiben wir nicht immer mehr zurück? Mehr und mehr, sagt man, bemächtigt sich unserer die

Reaction, welch letztere ich in manchen Symptomen allerdings auch erkenne. Nun, m. Herren, wenn Sie deutlich und klar sehen wollen, wie viel wir weiter gekommen sind in den letzten 20—25 Jahren, dann müssen Sie mit Aufmerksamkeit solch eine Rede, wie die des Abg. Gerlach, verfolgen. (Sehr wahr! links.) Er war einer der Führer der Majorität im preußischen Abgeordnetenhause vor 20 Jahren, in der sogenannten Landrathskammer, er vertrat die damals in der Regierung herrschende Idee der Herrschaft der Kirche, der protestantischen und der katholischen Hierarchie über den Staat und er hat mit seinen Freunden ein Jahrzehent lang — das traurigste Jahrzehent, welches Preußen gehabt hat (Große Unruhe rechts) — daran gearbeitet, daß diese Tyrannei der Hierarchie über die Rechte der freien Bürger und über die Rechte des Staates aufgerichtet wurde, was niemals vorher in einem Staate Europas geschehen war. Nun, meine Herren, denken Sie, wenn dieser Herr heute auf die Tribüne tritt, bei aller Ehrfurcht vor seinem weißen Haar, — wer von Ihnen weiß nicht, daß wir ihn wie eine Antiquität verehren. (Heiterkeit und Unruhe.) Keine seiner Ideen hat irgend einen Boden mehr, kein wirklich preußischer Conservativer wird mit ihm sagen, daß wir Buße thun sollen in Sack und Asche, weil wir endlich die nationale Einheit erlangt haben, wenn auch unter dem Sinken einzelner Fürstenthrone, die sich dieser nationalen Einheit entgegenstemmten, und die in gerechtem Kriege niedergeworfen sind (Widerspruch). Kein Conservativer wird das sagen, und so hat sich dieser Herr auch nicht auf die Rechte setzen können, sondern ist als Appendix in das Centrum gesetzt. (Heiterkeit.) Freilich, von Zeit zu Zeit hör' ich den Alten gern (Heiterkeit) — denn er zeigt mir, was wir in den 25 Jahren vorwärts gebracht und um wie viel Tausend Meilen damals die Männer rückwärts standen; eben da steht Herr v. Gerlach heute noch. Dem Abg. Biesenbach bestreite ich es, daß die Commission im vorigen Jahre die Absicht gehabt hat, die Vorlage zu vergraben; sie hat sich mit der Regierung lediglich in sachlichen Differenzen befunden, von denen ein Theil durch die jetzige Vorlage beseitigt ist, und außerdem war die Vorlage zu kurz vor dem Schluß der Session eingebracht worden.

Ich wünsche sehr eine Verständigung mit der Regierung, denn einmal ist der finanzielle Betrag von 6 auf 4 Millionen Mark ermäßigt worden, und zweitens hat man mehr den Gedanken als Kern hervorgekehrt, daß das alte Meisterwerk Schlüters restaurirt und einem würdigen Zweck übergeben werden solle. Diese Restauration ist doch wirklich nöthig, denn das Zeughaus befindet sich — wie Jeder, der es kennt, bestätigen muß — in der traurigsten Verfassung. Ein Punkt, worüber man streiten könnte, war der, ob nicht das schöne Werk Schlüters durch die Kuppel, welche im hinterem Flügel errichtet werden sollte, verunstaltet und verschlechtert werde; eben so in Bezug auf die Statuen unserer Fürsten und Feldherren. Auch in diesem Punkte ist die Vorlage eine bedeutend andere geworden; sie will nicht mehr 3,000,000 Mark, sondern nur 1,500,000 Mark für diese Statuen und die künstlerische Ausschmückung verwenden. Ich schließe mich ganz dem Abgeordneten Windthorst (Bielefeld) an, diese Vorlage, wie jede Finanzvorlage an die Budgetcommission zu verweisen. Ich bin der Ueberzeugung, daß das preußische Volk in seiner Majorität trotz des wirthschaftlichen Nothstandes und trotzdem, daß der innere Frieden bei uns zu unserm Bedauern und ohne unsere Schuld (Widerspruch im Centrum) noch nicht wieder hergestellt ist, es keinesfalls übelnehmen wird, wenn das Zeughaus ausgebaut wird zu einer würdigen Stätte preußischer Waffen, woran das Bewußtsein nicht blos des preußischen, sondern des deutschen Volkes sich fort und fort erstarken und erheben möge. (Beifall.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ich bin hierhergekommen in der Absicht, vollständiges Schweigen über diese Vorlage zu bewahren, denn ich begreife die Gefühle der Abgeordneten aus den altpreußischen Provinzen, und solange man aus diesen Gefühlen nicht heraustrat, bin ich meinem Vorsatze treu geblieben. Nachdem aber der Abg. Wehrenpfennig dieses Maß überschritten hat, wäre ein Schweigen meinerseits ein Verleugnen meiner ganzen Vergangenheit. Die preußische Armee ist eine der großartigsten und ehrenwerthesten, die ich kenne, wir verdanken ihr die ruhmvollen Siege von 1870. Wollen Sie aus dieser Periode Sammlungen veranstalten, so werde ich Sie unterstützen; wollen Sie aber jede Periode der Entwickelung Preußens verherrlichen, dann kann ich nicht mit Ihnen gehen. Der Abg. Wehrenpfennig hat gesagt, daß die durch den Krieg von 1866 depossedirten deutschen Fürsten der nationalen Einigung widerstrebt hätten und daß sie niedergeworfen wären in gerechtem Kriege. Beide Thatsachen sind falsch. (Widerspruch.) Die depossedirten Fürsten haben nie widerstrebt einer nationalen Einigung auf Grund der bestehenden Verträge, wohl aber einer Einigung, welche basirt ist auf der Zerreißung der Verträge. Ueber die Gerechtigkeit des Krieges von 1866 wird die Geschichte urtheilen; ich halte ihn für einen ungerechten Bruderkrieg. (Widerspruch.) Zu einer Verherrlichung dieses Krieges bewillige ich nichts, und schon darin, daß man uns das zumuthet, liegt ein Mangel an billiger Rücksicht. Ich bedauere, daß in Folge der Provocation des Abg. Wehrenpfennig die Gegensätze klar ausgesprochen werden mußten. Hätte ich nicht einer Verherrlichung des Krieges von 1866 widersprochen, so würde das heißen, die Ketten küssen, die man mir auferlegt. Deshalb stimme ich gegen die Vorlage offen und frei, und ich bin überzeugt, daß in der preußischen Armee soviel Patriotismus und Ehrensinn herrscht, daß sie meine Gefühle billigen wird. (Beifall im Centrum.) Einer Berathung in der Commission will ich nicht widersprechen, weil ich in dieser ganzen Angelegenheit eine mehr passive Stellung einnehme. Es ist interessant, daß wir aus dem Munde des Abg. Wehrenpfennig vernommen haben, eine jede Finanzvorlage müsse in der Budget-Commission gründlich geprüft werden; daraus folgt, daß der Etat eine solche Vorlage nicht ist. (Widerspruch.)

Wenn der Vorredner versucht, einen Unterschied zwischen dieser Vorlage und der vorjährigen zu constatiren, so ist das eine selbstgeschaffene Illusion; nur die Benennungen sind stellenweise geändert und man geht diesesmal schrittweise anstatt, wie voriges Mal, im Ganzen vor. Dieses ist nur die erste Rate, die andern kommen nach. Der Abg. Windthorst (Bielefeld) hat als Vertreter der Fortschrittspartei sich mit der Vorlage schon einverstanden erklärt aus Gründen, welche ich nicht recht verstehe, wenn ich sie mit der vorjährigen Haltung seiner Partei vergleiche. Es genügt mir, diese merkwürdige Wendung constatirt zu haben (Heiterkeit) und wenn mehr derartige Wendungen folgen, so wird die Fortschrittspartei keine Ursache haben, der nationalliberalen oder Regierungspartei (Bewegung) Vorwürfe über abgeschlossene Compromisse zu machen. Ich gratulire ihr zu diesem Fortschritt (Heiterkeit). Der Abgeordnete für Bielefeld hat selbst die Bedenklichkeit hervorgehoben, daß von jetzt an Ausgaben für diese Ruhmeshalle budgetmäßig gemacht werden sollen. Das wird wohl auch geschehen mit dem Kaufpreis für die Gegenstände, welche in der Ruhmeshalle aufgestellt werden sollen, denn für diese sind in der Vorlage nur geringe, fast gar keine Mittel beansprucht. Man wird doch diese Gegenstände den jetzigen Eigenthümern nicht ohne Weiteres wegnehmen, und namentlich wird man doch den annectirten Provinzen ihre historischen Denkmale lassen. Wenigstens hoffe ich, daß der hannoversche Provinziallandtag, an dessen Spitze unser verehrter Präsident steht, niemals seine Einwilligung dazu geben wird, daß die Denkmale der hannoverschen Geschichte hierher gebracht werden. Der Augenblick zur Einbringung dieser Vorlage ist so unglücklich wie möglich gewählt, sie wäre besser jetzt nicht gemacht. So lange ein Arbeiter hungert — und es hungern jetzt viele — bewillige ich keinen Groschen zu Luxusausgaben, wie dieses eine ist. (Beifall im Centrum; Zischen rechts und links).

Die Discussion wird geschlossen.

Persönlich verwahrt sich der Abg. Rickert gegen die Behauptung des Abg. Biesenbach, daß er eine wirthschaftliche Calamität in Abrede gestellt habe. Er habe wiederholt in seiner Rede darauf hingewiesen und nur den verhältnißmäßig günstigen Standpunkt der preußischen Staatsfinanzen hervorgehoben und daraus gefolgert, daß auch Hoffnung auf baldige Beseitigung der wirthschaftlichen Calamität vorhanden sei.

Abg. Wehrenpfennig verwahrt sich gegen die Behauptung des Abg. Windthorst (Meppen) daß er die erregte Debatte provocirt habe, das sei von dem intimen Freunde Windthorst's dem Abg. v. Gerlach geschehen.

Abg. v. Gerlach erklärt, daß der Abg. Wehrenpfennig seinen früheren Standpunkt zur Regierung und zum Parlament unrichtig dargelegt habe; die Beweise sei er jedem Mitgliede privatim zu liefern bereit. (Heiterkeit.)

Darauf wird die Vorlage an die Budget-Commission verwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten.

Abg. Windthorst (Bielefeld) spricht seine Freude über die Wiedervorlegung dieses wichtigen Gesetzes aus, erklärt aber seine Zustimmung zu demselben nur von der Abänderung zweier Bestimmungen der Vorlage abhängig machen zu können. Dieselben betreffen die von der Regierung verweigerte Vereinigung der 4. und 5. Rangklasse und die Beseitigung des § 5, nach welchem eine Vergütigung für Umzugskosten dann nicht stattfinden soll, wenn die Versetzung lediglich auf den Antrag des Beamten erfolge. Das Haus habe bereits im vorigen Jahre sich entschieden für die Abänderungen ausgesprochen und er hoffe, das neugewählte Haus werde diese Ansicht aufrecht erhalten. Redner befürwortet die weitere Berathung der Vorlage im Plenum.

Regierungscommissar Geh. Rath Rüdorff weist darauf hin, daß die Regierung in diesem wieder vorgelegten Entwurf bereits vielen Wünschen des vorigen Abgeordnetenhauses entgegengekommen sei, dagegen an den beiden vom Vorredner gerügten Bestimmungen ganz entschieden fest halten müsse. Das Gesetz würde scheitern und die darin den Beamten gewährten Vergünstigungen denselben entzogen bleiben, wenn das Haus diese beiden Bestimmungen verwerfen sollte.

Nachdem sich der Abg. Schröder (Königsberg) den Ausführungen des Abg. Windthorst in Bezug auf die beiden Bestimmungen angeschlossen, beschließt das Haus dem Antrage Windthorst's gemäß die weitere Berathung der Vorlage im Plenum stattfinden zu lassen.

Präsident v. Bennigsen macht hierauf dem Hause die Mittheilung, daß die drei Präsidenten des Hauses heute früh bei Seiner Majestät dem Kaiser und Könige in einer Audienz empfangen worden seien, und daß Se. Majestät mit sehr gnädigen und herzlichen Worten das Präsidium beauftragt habe, dem Hause seinen Dank für die Theilnahme an dem Verluste auszudrücken, welchen das Haus Seiner Majestät durch das Ableben Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Prinzessin Karl erlitten hat.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch, 24. Januar, 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Interpellation Windthorst u. Antrag Reichensperger.)

Berlin, 20. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Stadt-Gerichts-Rath Kolk zu Berlin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Rittergutsbesitzer von Nickisch-Rosenegk auf Nieder-Hermsdorf im Kreise Goldberg-Haynau den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Ober-Steuer-Inspector, Regierungs-Rath von Gansauge zu Elbing, den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Rechnungs-Rath und Buchhalter Krausnick bei der General-Militärkasse den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Seconde-Lieutenant Freiherrn von Lyncker im 2. Ostpreußischen Grenadier-Regiment Nr. 3 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reiches den Pfarrer Riff zu Ruprechtsau zum geistlichen Inspector der Inspection Augsburgischer Confession St. Wilhelm ernannt und die von der Versammlung dieser Inspection am 15. Juni 1876 vollzogene Wahl des Architecten Anthon zu Hüttenheim und des Bierbrauers Frick zu Straßburg zu weltlichen Inspectoren derselben bestätigt.

Se. Majestät der König hat dem Stadt- und Kreis-Gerichts-Director Elsholtz in Magdeburg den Charakter als Geheimer Justizrath verliehen; sowie die Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspectoren Giese zu Bromberg, Koschel zu Breslau, Lex zu Hagen und Grüttefien zu Hannover zu Regierungs- und Bau-Räthen ernannt.

Der Kataster-Controleur Ramdohr zu Wanzleben ist zum Steuer-Inspector ernannt worden. — Der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. Matthaei zu Verden ist zum Kreis-Physicus des Kreises Verden; und der praktische Arzt ꝛc. Dr. Wiehen zu Hildesheim zum Kreis-Wundarzt des Kreises Hildesheim ernannt worden.

[Patente.] Preußen. Den Herren Frank John Meyer und Wilhelm Wernigh, Beide zu Berlin, ist unter dem 16. Januar 1877 ein Patent auf durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Verbesserungen an Drahtseil- und Ketten-Dampfschleppschiffen, soweit dieselben als neu und eigenthümlich erkannt worden sind und ohne Jemanden in der Anwendung bekannter Theile zu behindern, auf drei Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Königreich Sachsen. Auf 5 Jahre, 17. November 1876, Louis Wagner, in Firma: Moritz Wagner, Plauen i. V., Wäschmangel mit oscillirendem Mangelkasten; 29. November 1876, Ernst Brauer, Berlin, neue und eigenthümliche Construction von Scheibenfrictionsrädern; 5. December 1876, Friedrich Weinbörner, Hanau, Hinterladungsgewehr; 21. December 1876, Heinrich Pollack, Ratibor, Verbesserung an Nähmaschinenschiffchen; 22. December 1876, Abegg u. Adolff, Stuttgart, Verbesserungen an Spulmaschinen.

Braunschweig. 4. Januar 1877. Wilhelm Huch, Schöningen, Densimeter, auf fünf Jahre.

Sachsen-Altenburg. 13. Januar. Julius Hock und Comp., Wien, auf fünf Jahre, verbesserter Heißluftmotor, genannt Sparmotor. — 12. Januar. Nikolaus Kayßer, Höchst a. M., August Kayßer, Frankfurt a. M. und Johann Baptist Helwig, Frankfurt a. M., auf fünf Jahre, Manometersicherheitsventilapparat.

Berlin, 20. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute früh 9½ Uhr das Präsidium des Abgeordnetenhauses, bestehend aus den Herren von Bennigsen, Klotz und Graf Bethusy-Huc, und nahmen später die Meldung des hier eingetroffenen Erbprinzen von Hohenzollern, Hoheit, entgegen.

Im Laufe des Vormittags hörten Se. Majestät die Vorträge der Hof-Marschälle Graf Pückler und Graf Perponcher, des Ober-Ceremonienmeisters Grafen Stillfried, des General-Adjutanten von Albedyll und des Geheimen Cabinets-Rathes von Wilmowski.

Um 2 Uhr Mittags empfingen Se. Majestät den Besuch Ihrer Königlichen Hoheiten des Landgrafen und der Landgräfin von Hessen.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin bei dem Eintreffen auf dem Bahnhof. Um 5 Uhr waren die Höchsten Herrschaften bei den Majestäten zum Diner. (Reichsanz.)

= **Berlin**, 21. Jan. [Die Commissionsarbeiten. — Das Nothstandsgesetz. — Die Eisenbahn-Verwaltung. — Die Reichstagsarbeiten.] Bei der knapp bemessenen Zeit der Landtagssession wird man auch die Commissionsarbeiten so viel wie möglich beschleunigen und es so einzurichten suchen, daß dieselben sammt und sonders im Wesentlichen während der nächsten Woche ihre Erledigung finden. Morgen beginnen bereits die gruppenweisen Vorberathungen über den Staatshaushaltsetat und man beabsichtigt die zweite Lesung im Plenum am künftigen Montag zu beginnen. Hierbei wird's bequem möglich sein, die Arbeiten bis zur dritten Februar-Woche zu beenden und zwar einschließlich der Berathungen des Herrenhauses über den Etat. Vorlagen von belangreichem Inhalt stehen, wie uns versichert wird, für diese Session nicht mehr zu erwarten. Das Nothstandsgesetz für die durch Ueberschwemmung Heimgesuchten in den Nogat-Niederungen, dessen Inangriffnahme längst erfolgt war, als die bezügliche Interpellation des Centrums erschien, ist dem Abschluß nahe und wird ohne Zeitverlust erledigt werden können. Nicht mit Unrecht nimmt man an, daß die gedachte Interpellation wohl hauptsächlich günstige Resultate für die Ultramontanen bei den Stichwahlen in Westpreußen im Auge hatte. — Wie man hört, werden die eingehendsten Debatten bei der Etatsvorlage durch die Eisenbahn-Verwaltung hervorgerufen werden, obschon nicht zu erwarten steht, daß nach einer oder der andern Richtung Verkürzungen der Etatspositionen erfolgen möchten. Zu interessanten Einblicken in die Eisenbahnverwaltung wird die Uebersicht über die Anlage und den Fortgang des Baues der preußischen Bahnen Anlaß geben, welche gegen das Ende dieser Woche zur Vertheilung gelangen wird. Es ist dies eine vom Handelsministerium veranstaltete sehr eingehende Darstellung der Verhältnisse, wie bereits aus dem äußeren Umfang der Vorlage erhellt, welche 52 Druckbogen umfaßt. Es heißt, die Regierung würde im Verlauf der Session Gelegenheit nehmen, sich ausführlich über ihre Absichten für künftige Erweiterung der Verkehrsstraßen, Canalbauten und so weiter auszusprechen. — In nächster Woche ist auch die Wiederaufnahme umfassender Arbeiten des Bundesrathes zu erwarten. Im Reichskanzleramte besteht die Absicht, dem Reichstage gleich bei seinem Zusammentritt, den wesentlichsten Theil des Materials, ja womöglich dasselbe in vollem Umfange vorzulegen, um, wenn dies irgend thunlich ist, die Session mit dem 1. April zu schließen. Man giebt sich indessen schon jetzt nach dieser Richtung nicht allzu großen Illusionen hin, da außer dem Reichshaushalt doch eine beträchtliche Anzahl hochwichtiger Gesetze der Erledigung harrt, ganz abgesehen von den Wahlprüfungen, die nach dem Umfange der jetzt schon vorliegenden Wahlproteste nicht wenig Zeit in Anspruch nehmen möchten. Wenn die Reichstagsarbeit sich auch vorwiegend auf finanziellem und handelspolitischem Gebiete bewegen wird, so werden doch auch andere Fragen, welche die Reichsverwaltung betreffen, Gegenstand mehrerer wichtiger Vorlagen bilden.

[Deutschland und Frankreich.] Im „Reichsanzeiger" ist zu lesen:

„Man schreibt aus Paris:

Nachdem die französische Presse seit mehreren Wochen mit nur wenigen Ausnahmen Partei für die Türkei gegen Rußland genommen hatte, macht dieselbe in den letzten Tagen den Versuch, Deutschland für den Ausgang der Krisis im Orient verantwortlich zu machen. In beinahe sämmtlichen Zeitungen findet man längere Artikel oder kürzere Notizen über die Haltung, welche der Freiherr v. Werther in der letzten Zusammenkunft der Conferenz den Türken gegenüber angenommen haben soll. Man schließt daraus, daß Deutschland eine friedliche Erledigung der orientalischen Frage nicht wünsche, da es hoffe, die russische Macht im Kampfe gegen die Türkei zu Grunde gehen zu sehen. Die bemerkenswerthesten Artikel über dieses Thema sind vom „Journal des Débats" veröffentlicht worden, dessen Chefredacteur, Herr Molinari, auch heute wieder schreibt, „daß der Fürst Bismarck die Christen im Orient durch russisches Geld und russisches Blut von dem Joche der Türken befreien will."

Die erste Ursache der Polemik dürfte zunächst ein angeblich aus Paris an die „Agence Havas" gerichteter Brief sein, der wie Alles, was von der „Agence" ausgeht, in vielen französischen Zeitungen abgedruckt worden ist. Sodann haben die in den englischen Zeitungen veröffentlichten Depeschen über die Haltung des Freiherrn v. Werther Mißtrauen gegen die deutsche Politik im Orient erweckt.

Die im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Notiz über die Haltung des deutschen Bevollmächtigten in Konstantinopel dürfte jedoch den periodisch auftauchenden Verdächtigungen vorläufig wieder ein Ende machen. Die „Républik Française" nimmt dies mit großer Bestimmtheit an und schreibt in ihrer Nummer vom 15. Januar unter Anderm, „es ist klar, daß der machiavellistische Plan, den man dem Berliner Cabinet angedichtet hat, eine einfache Verleumdung ist.""

Dazu schreibt die „Nordd. Allg. Ztg."

Wir wollen die Hoffnung des „Reichsanzeigers" theilen und werden, wenn sich dieselbe erfüllt, auch die Bedenken gerne schwinden lassen, welche, wie schon wiederholt erwähnt, manche andere gleichzeitig mit der Agitation in den französischen Preßorganen sich aufdrängende Wahrnehmungen hervorrufen konnten. Wir werden dann auch die außergewöhnliche, weit über den normalen Bedarf hinausgehende Einfuhr von Getreide aus Ungarn nach Frankreich, von der uns aus Würtemberg und Baiern berichtet wird, als eine harmlose geschäftliche Speculation ansehen, und gern darauf verzichten, darin eine — interessante Vorkehrung der französischen Intendanz zu erkennen.

[Sr. Majestät Schiff „Gazelle"] ist am 19. d. Mittags von Sherneß nach Plymouth in See gegangen.

Königsberg, 20. Jan. [Vor dem hiesigen Stadtgericht] wurde eine Anklage gegen den Redacteur und Gutsbesitzer Herrn Reitenbach-Plicken wegen Majestätsbeleidigung verhandelt, die der Angeklagte durch einen Artikel in der von ihm redigirten „Friedens- und Freiheitspost" geübt haben sollte. Der Gerichtshof sprach den Herrn R. wider den auf vier Monate Gefängniß lautenden Strafantrag des Herrn Staatsanwalts Hecht von der Anschuldigung frei.

Elberfeld, 20. Jan. [Neue Excesse.] Gestern Abend haben sich, wie die „Elberf. Ztg." meldet, die Excesse in mehreren Straßen wiederholt, so daß die Polizei abermals mit den Waffen einschreiten mußte. Es sind 12 weitere Verhaftungen vorgenommen worden. Hasselmann ist nicht nach Hanau abgereist, sondern befand sich gestern noch hier anwesend.

Mainz, 20. Jan. [Pfändung.] Das „M. J." meldet: Bei dem Dom-Capitular Dr. Haffner, sowie bei dem Dom-Präbendat Dr. Raich erschien vorgestern der Pfandmeister, um durch Pfändung einiger Gegenstände die Strafe einzutreiben, zu welcher diese Herren von dem Amts-Gericht Homburg wegen geistlicher Aushilfe in der Pfarrei Rödelheim verurtheilt wurden.

Darmstadt, 20. Jan. [Die zweite Kammer] ist auf den 30. d. M. einberufen worden.

Darmstadt, 20. Jan. [Dementi.] Die „Darmst. Ztg." schreibt an der Spitze ihres Blattes in hochofficiösem Tone: „In öffentlichen Blättern wird, wenn auch in verhüllter Form, die Nachricht verbreitet, daß die höchsten Herrschaften bei der Reichstagswahl die Angehörigen ihrer Hofhaltungen bezüglich ihrer Abstimmung beeinflußt hätten. Wir sind ermächtigt, diese Nachricht für völlig grundlos zu erklären."

Oesterreich.

Wien, 20. Jan. [Hoftrauer.] Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine Kaiserliche Verfügung, durch welche aus Veranlassung des Ablebens der Prinzessin Karl von Preußen eine zehntägige Hoftrauer vom 22. d. an gerechnet, angeordnet wird.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 18. Jan., Abends. [Ministerielles. — Der Proceß Montalembert. — Gontaut-Biron.] Heute Nachmittag fand unter dem Vorsitz Mac Mahon's ein Ministerrath statt. Nachdem Duc Decazes Mittheilung von den letzten Depeschen aus dem Orient gemacht hatte, beschäftigte man sich mit der Ernennung eines Unterstaatssecretärs im Marineministerium, für welchen Posten der Contreadmiral Rousoin in Aussicht genommen wurde. Der Marineminister Fourichon wird zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen Urlaub nehmen und von dem Handelsminister Teissereuc de Bort vertreten werden. Der Conseilspräsident hat eingesehen, daß er trotz aller Anstrengung und Thätigkeit noch für lange Zeit nicht den zahlreichen der Erledigung harrenden Geschäften seines Ressorts genügen kann und beabsichtigt, in der Person eines Unterstaatssecretärs sich einen Mitarbeiter zu geben. Eine Entscheidung über die Wahl desselben ist jedoch noch nicht getroffen worden. Die neuen Veränderungen im Unterpräfectenpersonal werden erst für Schluß des Monats erwartet; der neue Aufschub rührt daher, daß Jules Simon zu gleicher Zeit die Ersetzung einiger Präfecten vornehmen will, gegen welche von den Deputirten der betreffenden Departements ganz besonders Beschwerde geführt worden ist. Die Stellung des Seinepräfecten Ferd. Duval scheint sich wieder befestigt zu haben; dagegen spricht man mit einiger Bestimmtheit von der kurz bevorstehenden Ersetzung des Polizeipräfecten Voisin. — Die Verhandlung des Processes, welchen die Familie Montalembert gegen den Pater Hyacinth angestrengt hat, ist auf Antrag des Vertheidigers des Beklagten, Advokaten Allou, um 14 Tage hinausgeschoben worden. — Der französische Botschafter in Berlin, Gontaut-Biron, wird auf seinem Schlosse Fontenay-Trésigny ein großes Jagdfest zu Ehren des Marschall-Präsidenten veranstalten.

⊙ **Paris**, 19. Jan. [Zur Begnadigungsfrage. — Verdächtigungen gegen Deutschland. — Buloz und das „Univers". — Zur orientalischen Krisis.] Man scheint in der Begnadigungsfrage einer Verständigung schon näher zu kommen. Wie bekannt, besteht die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Conseil-Präsidenten einerseits und Gambetta und seinen Freunden andererseits für den Augenblick darin, daß die Deputirten von Paris die im Auslande lebenden und in contumaciam verurtheilten Theilnehmer des Aufstandes gleichfalls der Begnadigungen theilhaftig machen wollen, während Jules Simon ein solches Verfahren für ungesetzlich erklärt. Nach dem „Moniteur" wird man wahrscheinlich zu folgendem Aushilfemittel greifen: Die Contumacialverurtheilten stellen sich vor dem Kriegsgericht, aber sie werden nicht verurtheilt, sondern sofort begnadigt. Auf die Häupter der Commune soll sich diese Vergünstigung, die auf dem Verwaltungswege und nicht auf gesetzlichem Wege erfolgt, nicht erstrecken. So der „Moniteur"; man sieht freilich nicht, daß durch diese Lösung unter dem juridischen Gesichtspunkte viel gewonnen wäre. Jedenfalls beweist man von beiden Seiten den Willen, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen und jede öffentliche

Discussion in der Kammer zu vermeiden. Die bisher bestehende Gnaden-Commission soll nicht umgestaltet, sondern nur erweitert werden. Sie bedarf in der That eines Impulses, denn sie hat mitunter wunderliche Arbeit geliefert. So liest man in den Blättern, daß ein gewisser Hubert aus Marseille, der zu zwanzigjährigem Gefängniß verurtheilt war, auf das motivirte Gutachten der Commission hin zu . . . . fünfzehnjähriger Gefängnißhaft begnadigt worden ist. Für solche Beschlüsses bedarf es schwerlich eines besonderen Gnadenausschusses; die Commission verfährt für die politischen Verbrecher, wie man für die Verbrecher gegen das gemeine Recht verfährt. Es ist begreiflich, wenn ein Journal ausruft: „Hundertmal besser wäre es, wenn man den Muth hätte, sich zu einer unerbittlichen Unterdrückungspolitik zu bekennen." — Die französische Presse kann von ihrem Mißtrauen und ihren albernen Verdächtigungen Deutschland gegenüber nicht ablassen. Man hatte zunächst eine Probe davon in den Gerüchten, welche das Mißlingen der Conferenz dem Machiavellismus des Fürsten Bismarck zuschrieben. Heute veröffentlicht die „Republique" an hervorragender Stelle einen Brief aus Straßburg, welcher sehr ängstlich von gewaltiger Verproviantirung der Festungen Straßburg und Metz meldet, um daraus zu schließen, daß Deutschland sich für kriegerische Eventualitäten rüste und daß man möglicherweise losschlagen werde, ehe die militärische Wiederherstellung des Erbfeindes vollendet sei. — Vernünftiger spricht das republikanische Organ über einen Artikel des „Univers", in welchem von dem Begräbniß des Directors der „Revue des deux Mondes", Buloz, berichtet wurde. Das Blatt Louis Venillot's beklagte ziemlich verdrießlich, daß der Clerus seine Hilfe zu Bestallung eines Mannes habe leihen müssen, welcher ganz besonders zu dem Triumph der Freidenker beigetragen. „Es fehlte blos noch", meint die „République", „daß man diesen friedlichen Herausgeber als einen Ketzer und Apostel des Atheismus darstellte. Mehr noch, dieser verderbliche Buloz, dieser Zerstörer der Religion hat selbst nach seinem Tode ein Mittel gefunden, den Clerus seiner Pfarre zu unterdrücken und zu terrorisiren, indem er ihn zwang, zu einem Begräbniß erster Klasse seine Hilfe zu leihen. Allerdings hat derselbe sie gegen baares Geld und zwar viel Geld geliehen, denn man kann überzeugt sein, daß er nicht umsonst seine Behänge mit Silberfranzen, seine Palmen, seinen Baldachin, seine Lampenstöcke mit grünen Flammen, seine Tausende von Kerzen, seine Orgel, seine Sänger, seine Küster und seine Weihwasser-Kessel hergeliehen hat. Aber er seufzte darum nicht minder, indem er die Louisdors des Ketzers einsteckte. Glücklicherweise werden dieselben in den geistlichen Kassen geläutert werden. Wahrhaftig, diese Clericalen haben einen unangenehmen Charakter und es ist schwer, sie zufrieden zu stellen. Wenn Jemand auf ihre Gebete verzichtet und sich ohne kirchliche Ceremonien begraben läßt, so sind sie gleich mit Schimpfreden bei der Hand, sprechen von „Einscharrung" statt von Begräbniß und nennen den Todten einen Hund. Wenn Jemand im Gegentheil sich auf dem Wege nach dem Kirchhof in die Kirche tragen läßt, so finden sie ihn nicht rein genug und spüren in seinem Leben nach, bis sie allerlei Fehler entdecken, die ihn des Scheiterhaufens würdig machen. Beloz ein Freidenker! Wer kann sich jetzt noch schmeicheln, dem Verdammungsurtheil des „Univers" zu entgehen? Niemand ist mehr in Sicherheit." — Eine Depesche der „Debats" aus Konstantinopel bestätigt, was man seit einigen Tagen allgemein erwartet hatte, daß nämlich die beiden von den ursprünglichen Forderungen der europäischen Mächte allein noch übrig gebliebenen Punkte: die Ernennung der Generalgouverneure mit Zustimmung der Mächte und die Einsetzung einer internationalen Commission von dem großen Conseil gestern verworfen worden sind und zwar einstimmig, nachdem die Häupter aller Gemeinschaften, die Christen wie die Muselmänner, entschieden für die Unabhängigkeit der Türkei eingetreten. Die Conferenz hat also ein trauriges Ende genommen und es fragt sich blos noch, ob sie sich selbst in einem Protokoll ihr Ohnmachtszeugniß ausstellen will oder nicht. Die „Debats" sind gegen ein solches Protokoll, aber sie meinen, daß man unter einer diplomatischen Form einen Beschluß fassen könne, der schon in Vorschlag gebracht worden. Die Pforte hat Reformen versprochen. Können die in Konstantinopel vertretenen Mächte sich nicht nach drei oder vier Jahren ein Stelldichein geben, um zu sehen, was inzwischen geschehen ist? Bis dahin würde jede von ihnen natürlich ihre volle Actionsfreiheit behalten. Es wäre wünschenswerth, schließen die „Debats", daß die Türkei nachgäbe; da sie aber nicht nachgiebt, thäte Europa klug, die Dinge einstweilen auf sich beruhen zu lassen.

Provinzial-Zeitung.

** **Breslau**, 22. Jan. [Der vierte der Vorträge,] welche der Schles. Protestanten-Verein alljährlich veranstaltet, findet heut Abend 7 Uhr im Musiksaale der Universität statt. Herr Ober-Diakonus Seyffarth aus Liegnitz wird über „die Kirche und die allgemeine Volksbildung in ihrer geschichtlichen Entwickelung bis zur Reformation" sprechen.

[Oberschlesische Eisenbahn.] Berliner Blätter melden: Se. Maj. der Kaiser hat, wie wir hören, nunmehr den Rücktritt des zum Vorsitzenden der Königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn designirten Geh. Regierungsraths und vortragenden Raths im Reichskanzler-Amt, Herrn Fleck, aus dem Reichsdienst und den Uebertritt desselben in den Preußischen Verwaltungsdienst genehmigt. Die Ernennung des Herrn Fleck für die gedachte hervorragende Stellung steht demnach nunmehr unmittelbar und die Uebernahme des Amtes bereits zum 1. Februar c. bevor.

X. **Neumarkt**, 20. Januar. [Tageschronik.] Der Lehrer Klimke zu Frankenthal geht mit der Idee um, für das Dorf um eine Glocke zu werben, die bei Tages-Auf- und Niedergang, bei Begräbnissen und Feuersbrünsten geläutet werden soll. Ein kleiner Betrag ist erst bis jetzt gesammelt, doch hofft man durch Mühe und Fleiß so viel Geld zusammen zu bringen, um die Glocke bald läuten zu hören. — Kürzlich passirte einem unserer Droschkenbesitzer ein häßlicher Spaß. Er fuhr 2 fremde Personen vom Bahnhofe zur Stadt und von dort nach Dambritsch. Dort kehrten sie ein und riethen dem Kutscher, sich etwas zu erfrischen, sie selbst wollten indeß ihre Geschäfte in Dambritsch erledigen. Als sie zurückkehrten, sagten sie dem Kutscher, daß sie noch nach Hulm fahren wollten. Auf die Bedenken des Kutschers, daß dadurch die Rückfahrt der Reisenden mit dem Zuge nach Breslau unmöglich sei, hatten sie die Ausrede, in Neumarkt übernachten zu wollen. Sie fuhren nach Hulm bis zum Wirthshause, wo die Fremden wieder ihren Geschäften nachgingen, während der Kutscher sich auf ihre Rechnung bene that. Da die Reisenden das Wiederkommen vergaßen, stellte sich heraus, daß der Kutscher geprellt worden war und die Reise ohne Bezahlung gemacht hatte, denn der Unvorsichtige hatte sich nicht die Fremden voraus bezahlen lassen und mußte nun sogar noch seine Zeche selbst berichtigen. Auf dem Heimwege verirrte er sich noch mit dem Fuhrwerk und kam ohne Passagiere, ohne Geld, aber mit betrübtem Gesicht nach Hause.

8 **Pleß**, 18. Jan. [Vorschußverein.] Die Generalversammlung des Vorschußvereins wurde am 18. Januar im Schmitt'schen Saale abgehalten. Der Verein hat sich am 25. December 1875 in der Stärke von 17 Mitgliedern constituirt, im Laufe des Geschäftsjahres sind 104 Mitglieder hinzugetreten, so daß sich die Zahl der Mitglieder jetzt auf 121 beläuft. Das Guthaben der Mitglieder beträgt 6011 Mk., die Spareinlagen 18,268 Mk., die Vorschüsse haben eine Höhe von 66,635 Mk. erreicht. Der Kassenbericht schließt in Einnahme und Ausgabe mit 100,908 Mk. 27 Pf. ab. Es wurde gewählt: a. zum Vereinsdirector Herr Apotheker Georg Höfer, b. zum Kassirer Herr Kaufmann E. Satory (wiedergewählt), c. zum Controleur Herr Kaufmann R. Herden (neugewählt).

[Notizen aus der Provinz.] * Bunzlau. Der hies. „Cour." meldet: Donnerstag Nachmittag wurde die erste Sitzung des Evangelischen Gemeinde-Kirchenraths und der Gemeinde-Vertretung im neuen Jahre abgehalten. Die Versammlung beschloß für die evangelische Kirche zum Gebrauch bei Trauungen einen Teppich anzukaufen. Der Herr Vorsitzende gab ferner eine statistische Uebersicht über die Vorgänge in der 10733 Seelen betragenden evangelischen Gemeinde im Jahre 1876. Demnach wurden in derselben 367 Kinder geboren (in der Stadt 266, auf dem Lande 101). Es starben 377 Personen (in der Stadt 289, auf dem Lande 88). Das Sterblichkeits-Verhältniß ist nur scheinbar ein ungünstiges, weil die im Kreiskrankenhause, sowie in der Irrenanstalt verstorbenen dazu gezählt sind. Getraut wurden 81 Paare, darunter 10 Ehen, in denen der Mann katholisch ist. 3 standesamtlich geschlossene Ehen verschmähten die kirchliche Einsegnung und Trauung. Die Zahl der Communikanten stieg auf 449, darunter waren 165 Kranken-Communionen. Confirmanden zählte die Gemeinde 215. Es wurden im abgelaufenen Jahre 16 Collecten gesammelt.

+ Gleiwitz. Die „Kattow. Ztg." meldet: Auf dem bei Brzezinka, unweit von hier, belegenen Kohlenfelde sollen durch Bohrungen wiederum Lager von Kohlen gefunden worden sein, jedoch soll der fernere Betrieb, sowohl Anbau als Bohrungen, eingestellt werden. Bei den jetzigen Zeitverhältnissen wollen die Besitzer ferner Geldmittel nicht mehr zur Disposition stellen, und ist den Beamten der Dienst sogar gekündigt worden. Ein trauriges Zeichen der Zeit, und ein Niederschlag der Hoffnungen, welche sich an das schöne Kohlenfeld von Brzezinka für Gleiwitz und Umgegend geknüpft haben.

△ Ratibor. Der „Oberschl. Anz." meldet unterm 20. Jan.: Gestern Abend ist ein Mann auf der Straße nach Domshöhe von einigen Strolchen angefallen, gemißhandelt und beraubt worden. Es gelang ihm aber, sich aus den Händen der Straßenräuber frei zu machen und nach einem der nächsten Häuser zu flüchten, woselbst er sich bis heute Morgen verborgen hielt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 22. Jan., Morgens. Der „Moniteur" bespricht die letzte Conferenz und hofft, die Weigerung der Pforte, obschon sehr unangenehm, werde keine weiteren Verwickelungen herbeiführen.

Rom, 20. Jan. Sitzung der Deputirtenkammer. Bei der Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Mißbräuche bei der Geistlichkeit, wies der Justizminister die Opportunität des Gesetzentwurfs nach und hob hervor, daß die größere Versöhnlichkeit der geistlichen Behörden als eine Folge der Festigkeit des gegenwärtigen Cabinets zu betrachten sei. Das Papstthum erkenne allein die Vereinigung Piemonts mit der Lombardei und Venetien an und sehe in dem übrigen Italien nur gewaltthätige Fusionen. Dasselbe lasse die Geistlichkeit für die politische Auflösung Italiens wirken und veranlasse dadurch allerlei Mißbräuche. Der Minister bat schließlich, die Vorlage ohne Amendements anzunehmen.

Brüssel, 21. Jan. Der „Independance belge" zufolge haben die Spinnereiarbeiter in Loth, unweit Brüssel, die Arbeit eingestellt. Es sind einige Ruhestörungen vorgekommen, in Folge deren eine Abtheilung der hiesigen Gendarmerie nach Loth gesandt worden ist.

London, 20. Jan. Die amtliche „Gazette" kündigt an, daß der Hof anläßlich des Ablebens der Prinzessin Karl von Preußen vom 21. bis 28. Januar Trauer anlegt.

London, 20. Jan. „Reuter's Bureau" wird aus Hongkong gemeldet, daß der dortige Vertreter der deutschen Regierung die Verhandlungen zwischen China und Spanien vermittele. Der Vertreter Spaniens sei inzwischen nach Pecking zurückgekehrt.

Moskau, 20. Jan. Die „Moskauer Zeitung" bespricht die letzten Ereignisse in Konstantinopel und kommt hierbei zu dem Schlusse, daß Europa, welches sich durch seine Nachgiebigkeit geschadet habe, jetzt nach erfolgter Ablehnung der Vorschläge der Mächte die Annahme der ursprünglichen, nicht der allmälig modificirten Forderungen von der Pforte erzwingen müsse.

Konstantinopel, 20. Januar. In der Conferenzsitzung verlas Safvet Pascha eine Note, welche erklärt, die Pforte könne sich über gewisse Detailpunkte mit den Mächten verständigen. Salisbury constatirt, es scheine kein gemeinsamer Boden für die Verhandlung mehr vorhanden zu sein, die Conferenz solle sich daher für geschlossen betrachten. Ignatieff betonte, auf die Pforte falle die Verantwortung zurück; er drückte die Hoffnung aus, die Pforte werde künftig nichts gegen Serbien und Montenegro unternehmen und die Lage der Christen respectiren. Hierauf ging die Conferenz auseinander.

Konstantinopel, 20. Jan. Ueber die heutige Sitzung der Conferenz wird weiter gemeldet: Der türkische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Safvet Pascha, verlas eine Note, in welcher erklärt wird, daß sich die Pforte über gewisse Detailpunkte mit den Mächten verständigen könne. Die Frage über die Ernennung von General-Gouverneuren wird in der Note nicht erwähnt. In Betreff der Frage über die einzusetzende internationale Commission wird in der Note vorgeschlagen, daß die zu wählende Localcommission unter dem Vorsitze eines türkischen Beamten stehen solle. Die Regelung der streitigen Fragen in Bezug auf Serbien und Montenegro wird einer späteren Entscheidung vorbehalten. Nach Verlesung der Note constatirte der Marquis von Salisbury, daß, nachdem die Pforte sich geweigert habe, die von den Mächten geforderten zwei Garantien für die Ausführung der zugesicherten Reformen, die Ernenung der Gouverneure und die Organisirung einer wahrhaft unabhängigen Controlcommission zu bewilligen, kein gemeinsamer Boden mehr für eine weitere Verhandlung vorhanden zu sein scheine und die Conferenz daher als geschlossen zu betrachten sei. General Ignatieff sprach sich in gleichem Sinne aus. Derselbe erklärte die Gegenvorschläge der Pforte für unannehmbar, betonte, daß die Verantwortlichkeit hierfür auf die Pforte zurückfalle und gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die Pforte in Zukunft nichts gegen Serbien und Montenegro unternehmen und die Lage der Christen zu respectiren wissen werde. Nach diesen Erklärungen ging die Conferenz auseinander. — Der General Ignatieff und der Marquis von Salisbury reisen am nächsten Montag ab. Die anderen Bevollmächtigten werden Konstantinopel im Laufe der nächsten Woche ebenfalls verlassen. (Weitere Ausführung einer früheren Depesche.)

Konstantinopel, 21. Jan. Ueber die gestrige Sitzung der Conferenz verlautet ferner, daß General Ignatieff in seiner Schlußrede, nachdem derselbe seine Bemühungen zur Vermeidung eines Krieges hervorgehoben hatte, betont habe, daß, wenn die Pforte jetzt eine Action gegen Serbien und Montenegro unternehmen würde, oder wenn die Christen auch ferner unter ihrer Herrschaft zu leiden hätten, die europäischen Mächte davon Kenntniß nehmen würden. Schließlich erwähnte der General noch, daß den Mitgliedern der Conferenz Petitionen von den Christen in Macedonien, Thessalien, Epirus und Creta zugegangen seien, in welchen darum gebeten würde, daß sich die Conferenz auch mit der Verbesserung ihrer Lage beschäftigen möge. Die Conferenz habe diese Petitionen nicht in Erwägung ziehen können, da ihr Mandat bereits beendet gewesen sei. Nichtsdestoweniger wolle er aber diese Thatsache in der Sitzung, mit welcher die Conferenz schließe, constatiren.

Triest, 20. Jan. Der Lloyddampfer „Juno" ist mit der ostindischen Ueberlandspost heute Nachmittag 4 Uhr aus Alexandrien hier eingetroffen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Petersburg, 20. Jan. Die Conferenz ist geschlossen worden. Die Botschafter und Bevollmächtigten, Marquis v. Salisbury, Lord Elliot, Ignatieff, Chaudordy, Bourgoing und Freiherr v. Werther werden am Montag Konstantinopel verlassen.

Die Zeitung „Sobesednik" ist auf Befehl des Kaisers gänzlich suspendirt worden.

Petersburg, 21. Jan. Eine Verordnung des Ministers der Communicationen fordert die Eisenbahnen auf, sich vom 15. (27.) d. M. an zu neuen Militärtransporten bereit zu halten. Es ist wahrscheinlich, daß die Militärbezirke Petersburg, Finnland, Warschau, Wilna, Moskau und vielleicht auch Kasan mobilisirt werden. Eine Note des Cabinets von St. Petersburg ist bevorstehend. Der Güterverkehr soll, wenn die Militärtransporte eintreten, den 15. (27.) Jan. ganz aufhören.

Jassy, 21. Jan. Das russische Hauptquartier ist von Kischineff nach Chotin verlegt. Bei der Südarmee treffen fortwährend Verstärkungen ein. Bis jetzt sind bereits 380,000 Mann concentrirt.

Berlin, 20. Januar. Spiritus loco „ohne Faß" 54,9 M. bezahlt, per Januar 55,2—4 M. bez., per Januar-Februar 57,2—4 M. bez., per April-Mai 57,4—6 M. bez., per Mai-Juni 57,4—6 M. bez., per Juni-Juli 58,2—5 M. bez., per Juli-August 59,2—5 M. bez., per August-September 59,9—60,2 M. bez. Gekündigt 30,000 Liter. Kündigungspreis 55,3 Mark.

Wien, 20. Jan. [Das Project der Direction der ungarischen Nordostbahn,] eine ungarisch-galizische Anschlußlinie Munkacs-Beskit mit der Erzherzog Albrechtsbahn herzustellen, ist, wie die „Presse" erfährt, von der ungarischen Regierung abgelehnt worden.

[Warschau-Bromberger Eisenbahn.] Einnahme pro Monat December 1876.

	Personen. Anzahl.	Frachten. Pud.	Einnahmen. Zusammen. R.	K.
Im Decbr. 1876	23,234	1,902,085	95,437	94
„ „ 1875	24,382	1,900,468	81,462	54
mithin im Jahre 1876 mehr	—	1,617	13,975	40
weniger	1,148	—	—	—
Vom 1. Januar bis 31. Decbr. 1876	371,872	20,713,528	1,025,313	70½
Vom 1. Januar bis 31. Decbr. 1875	373,099	17,326,141	1,008,063	93
mithin im Jahre 1876 mehr	—	3,387,387	17,249	73½
weniger	1,227	—	—	—

[Warschau-Wiener Eisenbahn.] Einnahme pro Monat Decbr. 1876.

	Personen. Anzahl.	Frachten. Pud.	Einnahmen. Zusammen. R.	K.
Im Decbr. 1876	98,108	7,544,102	399,747	71½
„ „ 1875	90,945	7,651,238	340,011	29
mithin im Jahre 1876 mehr	7,163	—	59,736	42½
weniger	—	107,136	—	—
Vom 1. Januar bis 31. Decbr. 1876	1,468,569	80,965,247	4,682,037	94
Vom 1. Januar bis 31. Decbr. 1875	1,391,445	69,701,277	4,155,703	97½
mithin im Jahre 1876 mehr	77,124	11,263,970	526,333	96½

Nürnberg, 19. Januar. [Hopfenbericht.] Die gestrigen Abschlüsse bestanden aus Oberösterreichern, Lothringern und Hallertauern, welche unveränderten Preisstand nachweisen. In 75ern und älteren Sorten ging bei gänzlichem Mangel an Export seither kein Geschäft. Primaqualitäten sind dagegen in kleinen Pöstchen oder einzelnen Ballen zu guten Preisen fast täglich angezeigt, allein die Verkäufe finden theilweise in Magazinen der Handlungen statt, wovon über Preis und Betrag nichts bekannt wird. — Der heutige Markt brachte nicht mehr Leben in den Verkehr wie seine Vorgänger; es waren nur wenige Käufer vorhanden, deren Einkauf mit gestrigem zusammen auf 40 Ballen beschränkt geblieben ist. Notirungen sind wegen Mangels verschiedener Qualitäten meist nominell und lauten: Marktwaare prima 400—410 M., do. secunda 360—390 M., do. tertia 300—350 M., Hallertauer prima 490—510 M., do. secunda 450—485 M., Wollnzach-Auer prima 500—550 M., do. secunda 470 bis 500 M., Würtemberger prima 450—470 M., do. secunda 390 bis 440 M., Badische prima fehlen, 450—490 M., do. secunda 380 bis 440 M., Altmärker 180—250 M., Gebirgshopfen 400—450 M., Posener prima 450—480 M., do. secunda 360—430 M., Elsässer prima 420 bis 460 M., do. secunda 340—415 M., Oberösterreicher prima 400—440 M., do. secunda 360—395 M., Lothringer prima 350—390 M., do. secunda 300 bis 340 M., Englische 150—200 M., Amerikanische 180—220 M., 1875er Prima-Hopfen 160—190 M.

⁂ **Breslau**, 22. Jan., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide ruhig, bei stärkeren Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen, zu hohe Forderungen erschwerten den Umsatz, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,10 bis 19,30—21,50 Mark, gelber 17,10—19,10—20,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur feine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. neuer 15,60 bis 17,30 bis 18,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Aenderung, per 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer schwach preishaltend, per 100 Kilogr. neuer 13,50—14,60—15,50 Mark.

Mais blieb offerirt, per 100 Kilogr. 11,20 bis 12,20 bis 13,50 Mark.

Erbsen ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 12—13,50 bis 15,20 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen mehr offerirt, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken in matter Haltung, per 100 Kilogr. 13—14—15 Mark.

Oelsaaten in ruhiger Haltung.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	33	50	31	50	30	50
Winterrübsen	33	—	30	—	29	—
Sommerrübsen	31	—	29	—	28	—
Leindotter	27	—	26	—	23	50

Rapskuchen ruhiger, per 50 Kilogr. 7,20 bis 7,60 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9—9,50 Mark.

Kleesamen stärker angeboten, rother ruhig, per 50 Kilogr. 57—67 bis 74—79 Mark, weißer matter, — per 50 Kilogr. 60—70—75—82 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee unverändert, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 33 bis 34 Mark, neu 29—30 Mark, Roggen fein 26,75—27,75 Mark, Hausbacken 25,75—26,75 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8 bis 9 Mark.

Witterungsbericht vom 21. Januar.

Ort.	Bar. a. 0 Gr. u. d. Meeresniveau reduc. in Millim.	Wind.	Wetter.	Temper. in Celsiusgraden.	Bemerkungen.
Paris	778,9	NW. still.	Nebel.	1,7	
Hamburg	775,3	still.	Nebel.	1,2	
Haparanda	750,8	SW. leicht.	halb bedeckt.	—5,0	
Petersburg	768,7	S. still.	bedeckt.	—9,5	
Wien	772,5	SO. still.	bedeckt.	—2,6	
Neufahrwasser	771,0	S. still.	Dunst.	0,5	

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 20. 21.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 1°,6	+ 0°,6	+ 0°,6
Luftdruck bei 0°	335''',88	335''',88	335''',36
Dunstdruck	2''',00	1''',90	2''',06
Dunstsättigung	87 pCt.	90 pCt.	98 pCt.
Wind	SO. 1	SO. 1	SO. 0
Wetter	bed., Vorm. Schn.	bedeckt.	bedeckt, Regen.

Januar 21. 22.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 0°,3	— 0°,2	— 2°,1
Luftdruck bei 0°	336''',00	337''',52	338''',49
Dunstdruck	2''',05	1''',92	1''',56
Dunstsättigung	100 pCt.	98 pCt.	94 pCt.
Wind	SW. 1.	N. 1.	N. 2.
Wetter	bedeckt, Schnee.	bedeckt.	bed., Nacht Schn.

Breslau, 20. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 12 Cm. U.-P. — M. 56 Cm.

Berliner Börse vom 20. Januar 1877.

Fonds- und Geld-Course.

Consolidirte Anleihe.	4½	104,10 bz
do. de 1876	4	95,30 bz
Staats-Anleihe	4	95,70 bz
Staats-Schuldscheine.	3½	92,75 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,10 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,50 bz
Pfandbriefe. Pommersche	3½	83,50 B
Pfandbriefe. do.	4	95,50 G
Pfandbriefe. do.	4½	101,90 G
Pfandbriefe. do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Pfandbriefe. Posensche neue	4	94,75 bz
Pfandbriefe. Schlesische	3½	85 bz
Pfandbriefe. Landschaftl.Central	4	95 bzG
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	95,20 bz
Rentenbriefe. Pommersche	4	95 bz
Rentenbriefe. Posensche	4	95,10 G
Rentenbriefe. Preussische	4	95 bz
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	98,50 bzG
Rentenbriefe. Sächsische	4	95,75 bz
Rentenbriefe. Schlesische	4	95,90 bz
Badische Präm.-Anl.	4	121,20 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	123,40 bzG
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	108,25 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	70,90 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 246,50 G
Badische 35 Fl.-Loose 140 bzG
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,50 bzG
Oldenburger Loose 134,50 bz

Ducaten 9,65 bz	Fremd. Bkn. — —
Sever. — —	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,28 G	Oest. Bkn. 162,10 bz
Imperials — —	do.Silbergd. 189,75 G
Dollars 4,18 G	Russ. Bkn. 251,50 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'schePartial-Obl.	5	103,80 bz
Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B.	4½	99,25 bzG
do. do.	5	100,75 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,25 bz
Unkünd. do. (1872)	5	100,25 bz
do. rückzb. à 110	5	106,50 bz
do. do. do.	4½	98,40 bz
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	103,90 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105 G
do. do. II. Em.	5	102 G
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	108 bz
do. do. II. Em.	5	107 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	102 G
do.4½ do. do. m.110	4½	96,75 G
Meininger Präm.-Pfdb.	4	103 B
Oest. Silberpfandbr.	5½	33,75 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	30 G
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	85,50 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	106 G
do. do.	4½	94 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,40 G
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	30,75 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.1./7.)	4⅕	54,90 bzB
do. 1./4.1./10.)		54,90 bzB
do. Goldrente	4	60,50 bzB
do. Papierrente	4⅕	49,40 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	94,50 bzB
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	99,50 bz
do. Credit-Loose	—	291,75 G
do. 64er Loose	—	246 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	144,75 bz
do. do. 1866	5	144,75 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	79,40 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	77 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	62,50 bzG
Amerik. rückz. p. 1881	6	105,60 bzG
do. do. 1885	6	102 B
do. 5% Anleihe	5	103 bzG
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	71 etbzG
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,40 bzG
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	65,50 bz
Rumänische Anleihe.	8	82,90 bz
Türkische Anleihe	5	12 bzB
Ung.5%St.-Eisenb.-Anl	5	66,30 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 39,20 G
Türken-Loose 26,10 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St.3½g.	3½	84,75 bz
do. do. VI.	4½	98,10 bz
do. Hess. Nordbahn.	5	103,10 bzG
Berlin-Görlitz	5	102 G
do.	4½	— —
do. Lit C.	4½	83 bzG
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	89,75 G
do. do. J.	4½	89,75 G
do. do. K.	4½	89,75 bzG
do. von 1876	5	98,70 bzB
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	90,25 G
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	92,10 bzG
do. V.	4	90,50 G
Halle-Sorau-Guben	5	100,30 G
Hannover-Altenbeken	4½	89,50 G
Märkisch-Posener	5	102 B
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,75 G
do do. II. Ser.	4	95 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	98 G
do do. III. Ser.	4	96,50 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	84,50 G
do. F.	4½	101 bzG
do. G.	4½	— —
do H.	4½	— —
do. von 1869	5	103 B
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	98,20 bz
do. Brieg-Neisse	4½	97,50 bz
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103 etbzB
do.Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	76,75 G
Ostpreuss. Südbahn	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	100,90 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,50 B
Chemnitz-Komotau.	5	94,10 G
Dux-Bodenbach.	5	60 G
do. II. Emission	5	41 etbzG
Prag-Dux.	fr.	23,75 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	82,50 etbz
do. do. neue	5	80 G
Kaschau-Oderberg	5	53,70 bzG
Ung. Nordostbahn	5	49,25 bzG
Ung. Ostbahn.	5	47,80 G
Lemberg-Czernowitz	5	62,25 G
do. do. II.	5	62,50 G
do. do. III.	5	54,75 bzG
Mährische Grenzbahn	5	52,25 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	13,75 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	61,10 G
Oesterr.-Französische	3	314,50 bzG
do do. II.	3	295,50 G
do. südl. Staatsbahn	3	229,10 bzG
do. neue	3	229,20 G
do. Obligationen	5	76,90 bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	49 bz
Warschau-Wien II.	5	94,25 B
do. III.	5	91,25 G
do. IV.	5	84 G
do. V.	5	79 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,80 bz
do. do.	2 M.	3	168,85 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,36 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,30 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	245,00 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	249,00 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	162,00 bz
do. do.	2 M.	4½	160,80 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1875	1876	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	20,20 bzG
Berg.-Märkische.	4	—	4	80,00 bzG
Berlin-Anhalt	8	—	4	104,50 bzG
Berlin-Dresden	2½	0	4	23,10 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	22,00 bz
Berlin-Hamburg	10	—	4	169,75 bz
Berl. Nordbahn	—	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb	3	—	4	79,50 bzG
Berlin-Stettin	6⅘	—	4	122,50 bzG
Böhm. Westbahn.	5	—	5	68,75 bz
Breslau-Freib.	5⅔	—	4	69,00 G
Cöln-Minden	4⁶/₁₀	—	4	100,60 bz
do. Lit. B.	5	—	5	— —
Cuxhaven. Eisenb.	0	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	6,70 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	6	—	4	83,25-83,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	13,25 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	16,40 bz
Kaschau-Oderberg	4½	—	5	35,00 bzB
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	42,25 bz
Ludwigsb.-Bexb.	9	—	4	176,00 bzG
Märk.-Posener	0	0	4	18,25 bzG
Magdeb.-Halberst.	6	—	4	108,50 bzG
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	— —
do. Lit. B.	4	—	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	95,70 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,00 B
Oberschl. A.C.D.E.	10½	—	3½	128,90 bzB
do. B.	10½	—	3½	120,50 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6½	—	4	393,50-4,50 bz
Oest. Nordwestb.	5	5	5	190,50 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	122-21,50 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	23,10 bzG
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	105,30 bz
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	43,60 bzG
Rheinische	8	—	4	110,20 bzG
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	91,90 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	12,25 bz
Rumän. Eisenbahn	2½	—	4	14,25 bz
Schweiz Westbahn	0	0	4	23 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,25 bz
Thüringer Lit A.	8½	—	4	127,40 bz
Warschau-Wien.	7½	—	4	181 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	—	5	52,00 bzG
Berliner Nordbahn	—	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	—	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	31,20 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	37,00 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	32,25 bz
Märkisch-Posener	3½	—	5	68,50 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	70,50 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	96,70 bzG
Ostpr. Südbahn	5	—	5	73,50 G
Pomm. Centralb.	—	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	109,25 G
Rumänier.	8	—	8	57,50 bz
Saal-Bahn	1½	—	5	24,50 B
Weimar-Gera.	2½	—	6	20,75 bz

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand-.G.	0	—	4	24,00 G
Anglo DeutscheBk.	3	—	4	43,00 B
Berl. Kassen-Ver.	17,7	—	4	152,50 G
Berl. Handels-Ges.	5	—	4	68,25 bzG
do.Prod.-u.Hdls.-B.	9½	—	4	79,60 bz
Braunschw. Bank.	6⅔	—	4	98,30 G
Bresl. Disc.-Bank	2	—	4	68,25 G
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	4	—	4	71,50 G
Coburg. Cred.-Bnk.	2½	—	4	67,50 G
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	115,00 G
Darmst. Creditbk.	6	—	4	99,30 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	—	4	97 etbz
Deutsche Bank	3	—	4	82,10 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	154,25 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	92,00 B
Disc.-Comm.-Anth.	7	—	4	107,75 bz
do. ult.	7	—	4	106,75-7,50 bz
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	88,00 G
do. junge	5½	—	4	95,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	8 G fr. Z,
Goth. Grundcredb.	8	—	4	101,60 B
Hamb. Vereins-B.	9⁴/₉	10	4	117,00 G
Hannov. Bank	6⁷/₁₀	—	4	101,25 bzG
Königsb.Ver.-Bank	5¼	—	4	80,10 G
Lndw.-B. Kwilecki	6	—	4	62,00 B
Leipz. Cred.-Anst.	7	—	4	107,50 G
Luxemburg. Bank	6½	—	4	91 bzG
Magdeburger do.	5½	—	4	104,00 B
Meininger do.	3	—	4	69,50 etbzG
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	4	15,50 G
Nordd. Bank	6⅘	—	4	122,50 G
Nordd. Grundcr.-B.	9	—	4	93,50 bzG
Oberlausitzer Bk.	2	—	4	50,40 bz
Oest. Cred.-Actien	5	—	4	229-31,50-31
Posner Prov.-Bank	2½	—	4	99,40 bzG
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	94,50 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	115,00 bzG
Sächs. Bank	10	—	4	117,00 bzG
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	4	94 G
Schl. Bank-Verein	5	—	4	86,50 B
Schl. Vereinsbank	5	—	4	89,10 bz
Thüringer Bank.	5	—	4	70,00 bzG
Weimar. Bank.	0	—	4	41,75 G
Wiener Unionsb.	2⁶/₇	—	4	88,00 B

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	88,50 G
Berl. Bankverein	0	—	fr.	46,25 G
Berl. Lombard-B.	—	—	fr.	— —
Berl. Prod-Makl.-B.	—	—	fr.	57,50 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	95,50 G
Deutsche Unionsb.	0	—	fr.	86,00 G
Hannov. Disc.-Bk.	8⅕	—	fr.	96,00 G
Hessische Bank	—	—	fr.	56,00 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	89 G
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	—	—	fr.	1,10 G

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	712,00 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	10,00 bzG
do. Reichs-u.Co.-E.	0	—	4	67,25 G
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	14,75 G
Nordd. Gummifab.	5	—	4	52,50 G
do. Papierfabr.	0	—	4	— —
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18	—	4	116,75 B
Schles. Feuervers.	20	—	4	700 G
Donnersmarkhütte	3	—	4	19,00 B
Dortm. Union	0	—	4	6,50 bz
Königs- u. Laurah.	2	—	4	70,75 bz
Lauchhammer	0	—	4	23,50 G
Marienhütte	8	—	4	68,00 bzG
OSchl. Eisenwerke	1½	—	4	8 G
Redenhütte	0	—	4	5,75 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	6,00 G
Schl.Zinkh.-Actien	6	—	4	77,00 bzG
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	85,50 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	40,00 G
Vorwärtshütte	0	—	4	14 B
Baltischer Lloyd	0	—	4	41,50 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	46,75 B
do. ver. Oelfabr.	1	—	4	44,25 G
Erdm. Spinnerei	1	—	4	17,00 G
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	39,50 G
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	15,75 B
O. Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	27,25 bzG
Schl. Leinenind.	8	5⅓	4	68,25 G
do. Porzellan	0	—	4	11 B
WilhelmshütteMA.	4½	—	4	71,00 G

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

△ **Neisse**, 21. Januar. [Vom Productenmarkt.] Bei reichlicher Zufuhr und lebhaftem Verkehr stellten sich die Preise am gestrigen Wochenmarkte für Weizen und Roggen 5—10 Pf., für Hafer 20 Pf. billiger, als in der Vorwoche, nur Gerste blieb unverändert. Notirt sind für 100 Kilogr. oder 200 Pfd. Weizen 20,87—19,60—18,05 Mark, Roggen 18,37—18,07 bis 17,72 Mark, Gerste 14,72—14,17—13,45 Mark, Hafer 14,50—14,10 bis 13,70 Mark. Alle sonstigen Marktartikel wurden zu den vorwöchentlichen Preisen gehandelt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 21. Jan., Abends. Boulevard-Verkehr. 3proc. Rente 71, 52 und 106, 60, Türken de 1865 11, 65, Egyptier 249, 25, Banque ottoman. 376, 25, Italiener 70, 60.

Berlin, 21. Jan., Nachm. 1 U. 40 M. [Privatverkehr.] Credit-Actien 231, 00 à 232, 50 à 231, 50, Franzosen 392, 50 à 393, 00 à 391, 00, Lombarden 122, 00 à 121, 00, 1860er Loose 99, 50 à 99, 25, Silber-Rente 54, 90, Papier-Rente 49, 50 à 49, 30, Goldrente 60 50 à 60, 25, Italiener 71, 25 à 71,50 à 71, 25, 5proc. Türken 11, 90, Rumänier 14,10 à 14, 00, 5proc. Amerikaner —, Köln-Mindener Bahn 101, 00, Bergisch-Märkische Bahn 80, 10 à 80, 25, Rheinische Bahn 110, 25 à 110, 40, Galizier 83, 75 à 83, 50, Laurahütte 70, 50, Darmstädter Bank —, Disconto-Commandit 107, 25 à 107, 50 à 107, 25, Reichsbank —, 5proc. Russen 81, 25 à 81, 10 à 81, 25. Creditactien ziemlich fest, Franzosen und Lombarden angeboten, Bahnen und Renten still, Schluß schwächer.

Nachbörse: Credit-Actien 231, 00.

Frankfurt a. M., 21. Jan., Nachm. [Effecten-Societät.] Fest. Wiener Wechsel —, —. Böhmische Westbahn 138, —. Elisabethbahn 111½. Galizier 167¾. Franzosen 196¼. Lombarden 60. Nordwestbahn —. Silberrente 54⅝. Papierrente —. Amerikaner de 85 102. 1860er Loose 99½. 1864er Loose —, —. Creditactien 115⅝. Oesterreichische Nationalbank —. Darmstädter Bank 99¼. Berliner Bankverein —. Frankfurter Wechslerbank —. Meininger Bank 69⅝. Hess. Ludwigsbahn —. Ungarische Staatsloose 136,00. Ungarische Schatzwerthe alte —. do neue —. Goldrente —. Reichsbank 154¼.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 115½, Franzosen 196⅛, 1860er Loose —, Silberrente —, Papierrente —, Galizier —, Lombarden —, Goldrente —.

Hamburg, 20. Jan., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Act. 115¼, Silberrente 54¾, Goldrente 60¾, Credit-Actien 115½, 1860er Loose 99⅛, Franzos. 493½, Lombarden 152, Ital. Rente 71, Vereinsbank 117, Laurahütte 70¼, Commerzb. 98½, Norddeutsche 122⅝, Anglodeutsche 42¾, Internationale Bank —, Amerikaner de 1885 96¾, Köln-Minden. St.-A. 101¼, Rhein-Eisenbahn do. 110, Berg.-Märk. do. 80⅛, Disconto 2½ pCt. Ziemlich fest, Schluß matt.

Hamburg, 20 Jan., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine matt. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen pr. April-Mai 224 Br., 223 Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 226 Br., 225 Gd. Roggen pr. April-Mai 163½ Br., 162½ Gd., pr. Mai-Juni per 1000 Kilo 163½ Br., 162½ Gd. — Hafer still. — Gerste matt. — Rüböl matt, loco 77, pr. Mai pr. 200 Pfd. 75½. — Spiritus ruhig, pr. Januar-Februar 44¼, pr. Febr.-März 44¼, pr. April-Mai 44¾, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100% 45. Kaffee ruhig, aber etwas mehr belebt. Umsatz 2000 Sack. Petroleum still, Standard white loco 20, 00 Br., pr. Januar 19, 50 Br., per Februar-März 17, 50 Gd. — Wetter: Milde.

Hamburg, 21. Jan., Nachmittags. [Privatverkehr.] Silberrente 54⅜, Lombarden 151½, Creditactien 115½, Franzosen 489½, Rhein. Bahn 110¼, Laurahütte —, Bergisch-Märkische Bahn 80⅛, Köln-Mindener Bahn 101¼, Papierrente 49¼, Goldrente 60¼. Anfangs fest, zum Schluß abgeschwächt.

Wien, 21. Jan., 12 Uhr 30 Min. [Privatverkehr.] (Schluß.) Creditactien 141,40, Franzosen 241,50, Lombarden 74,50, Galizier 205,75, Anglo-Austrian 77,50, Goldrente 74,10, Papierrente 61,60, Marknoten 61,52½, Napoleonsd'or 98½. Matt, leblos.

Liverpool, 20. Jan., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 15,000 Ballen. Steigend. Tagesimport 12,000 Ballen, davon 6000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 20. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 20,000 Ballen, davon für Speculation und Export 7000 Ballen. Steigend. Auf Zeit $\frac{1}{16}$ bis ⅛ D. höher.

Middl. Upland 7, middl. Orleans $7\frac{3}{16}$, middl. fair Orleans 7¾, fair Orleans —, middl. Mobile —, fair Pernam $7\frac{1}{16}$, fair Bahia —, fair Maceio —, fair Maranham —, fair Rio —, middl. Egyptian —, fair Egyptian 6⅞, good fair Egyptian 7¼, fair Smyrna 5¾, fair Dhollerah $5\frac{11}{16}$, fully good fair Dhollerah 6, middl. fair Dhollerah 5½, middl. Dhollerah 5⅛, good middl. Dhollerah 5⅜, fair Domra $5\frac{11}{16}$, good fair Domra $5\frac{15}{16}$, fair Scinde —, fair Madras $5\frac{7}{16}$, fair Bengal 4⅞, good fair Bengal 5¼, fair Tinnevelly —, fair Broach 7.

Paris, 20. Jan., Mittags. Rohzucker weichend, Nr. 10/13 pr. Jan. pr. 100 Kilogr. 72, 50, Nr. 7/9 pr. Jan. pr. 100 Kilogr. 77, 00. Weißer Zucker weichend, Nr. 3 pr. 100 Kilogramm pr. Januar 81, 75, pr. Februar 81, 75, pr. Januar-April 82, 50, pr. März-Juni —.

London, 20. Jan. Havannazucker 30½ à 31 Sh.

Antwerpen, 20. Jan., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen stetig. Hafer matt. Gerste weichend.

Antwerpen, 20. Jan., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 49½ bez., 50 Br., pr. Januar 49½ bez., 50 Br., per Februar 49 bez., 49½ Br., per März 47 Br., per April 47 Br. — Fest.

Bremen, 20. Jan., Nachm. [Petroleum] ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 19, 25, pr. Januar 19, 25, per Februar 19, 25, per März 18, 25.

Wien, 20. Januar. [Wochenausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahn] vom 8. bis zum 14. Januar 1,139,554 Fl., gegen 978,600 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochen-Mehreinnahme 160,952 Fl.

Die Einnahme des italienischen Netzes in der Woche vom 8. bis zum 14. Januar betrug 587,838 Fl., die Mehreinnahme desselben 26,241 Fl., die Gesammtmehreinnahme des italienischen Netzes seit 1. Januar c. 52,431 Fl., die Gesammtmehreinnahme des österreichischen Netzes seit 1. Januar d. J. 302,320 Fl.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.